BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

gemeins. GuA + SozA

OBERBÜRGERMEISTER
18. FEB. 2015 ..... Nr. .....
1 Zur Kts. | 3 Zur Stellungnahme
2 | 4 Antwort vor Absendung vorlegen
5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

per Fax v

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 18.02.2015

Medizinische Versorgung der Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit den Asylgesetzesänderungen haben sich die Voraussetzungen der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen verändert. Nach einer bestimmten Zeit besteht die Möglichkeit für AsylbewerberInnen bzw. geduldete Flüchtlinge eine Gesundheitskarte zu erhalten. Sowohl eine Gesundheitskarte als auch die finanziellen Hilfen können den Flüchtlingen ganz praktisch vor Ort helfen.

Bisher müssen sich Flüchtlinge an die Stadt Nürnberg wenden, um dort einen sog. „Krankenschein" zu erhalten. Erst dann können sie einen Arzt aufsuchen. Dies führt oft zu tagelangen Verzögerungen und belastet auch die Stadt mit bürokratischem Aufwand. Andere Städte zeigen, dass der Umfang der medizinischen Leistungen gleich bleibt, egal ob Flüchtlinge direkt oder über Umwege zum Arzt gehen.

Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg geben dagegen eine Krankenkassenkarte für alle Leistungsberechtigten nach Asylbewerberleistungsgesetz aus und haben entsprechende Verträge mit Krankenkassen geschlossen. Aber auch kreisfreie Städte wie Bonn und Rostock haben Beschlüsse gefasst. Dort erhalten AsylbewerberInnen (die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen) Krankenkarten und können sich direkt an einen Arzt wenden. In Köln steht ein solcher Beschluss kurz bevor. Nach unseren Informationen gibt es auch in unserer Nachbarstadt Erlangen entsprechende Bestrebungen.

Neben dem deutlich geringeren bürokratischen Aufwand trägt eine solche Lösung auch zu einer höheren Wertschätzung der Flüchtlinge bei, da diese vor einem Arztbesuch nicht um die Genehmigung „bitten" müssen.

Daher stellen wir folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung stellt die entsprechenden Möglichkeiten zur Einführung der Krankenkarte für Flüchtlinge in Nürnberg dar.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Der Stadtrat der Stadt Nürnberg beschließt:

1. Flüchtlinge sollen zukünftig eine Krankenversicherungskarte erhalten. Sie können damit direkt einen Arzt zur Behandlung aufsuchen und müssen sich nicht mehr, wie bislang, vorher an die Kommune wenden, um dort einen Krankenschein zu erhalten.

2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, zu diesem Zweck mit einer örtlichen Krankenkasse einen Vertrag zu verhandeln und abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

A Friedel

Andrea Friedel
Stadträtin